

Limburger Anzeiger

Gleichzeitiges amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Unterannus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur wochentags).
Bezugspreis: vierteljährlich 4.95 M., ohne Postgebühren.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Begr. 1838 (Limburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur Hans Antke.
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige 3-Millimeterzeile über deren Raum 40 Pfg. Die 91 mm breite Reklamazeile 1.20 M.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 31

Limburg, Dienstag den 10. Februar 1920

83. Jahrgang

Die deutsche Einheitsfront und die Entente.

Wir haben einen Sommer und einen Winter voll höchstlichen Parteigezänktes erlebt. Viele große Fragen sind herabgemündet worden durch den oft widerlichen Streit der Parteien. Sie sind verkleinert worden durch kleinliche Parteikämpfe. Nun erhebt sich rogend groß vor unserem Volk das drohende Geheiß: Die Auslieferung. Dieser furchtbare Aggress auf unsere Ehre, auf unser nationales Dasein, kann nur abgewehrt werden, wenn wir jetzt alle einmütig entschlossen sind, ihn abzuwehren. „Einmütig entschlossen“, so hat sich die Stimmung des Reichskabinetts geäußert, hat sich auch die Stimmung des ganzen Volkes offenbart. Es sind Anregungen laut geworden, als ob man ein Volksreferendum veranstalten sollte, um die Meinung des Volkes festzustellen. Bedarf es solcher Abstimmung überhaupt noch? Führt nicht jeder in sich die Schmach und Schande brennen? Es gilt die Einheitsfront zu schaffen. Das mag vielleicht zu manchen Zeiten ein Schlagwort gewesen sein, das rasch abgedruckt war. Einheitsfront und Bürgerfrieden sind billige Wägen geworden, die zuviel und in falschen Tönen angepöpselt worden sind. Jetzt muß das Wort von der Einheitsfront wieder einen neuen Klang und einen neuen Sinn erhalten. Was sind alle schweren finanziellen und wirtschaftlichen Bestimmungen gegen diese eine Forderung der Auslieferung? Es gibt in Deutschland nur eine Meinung, es kann nur eine Meinung geben, und wenn unabhängige Wortführer heute eine Sondermeinung konstruieren wollen, wenn sie heute immer noch von der Schuld der alten und der neuen Regierung sprechen, so werden sie erleben, daß die Volksteile, die ihnen bis dahin gefolgt sind, ihnen nunmehr die Gefolgschaft verweigern werden. Hier gibt es keine Diskussion, hier gibt es keine Kompromisse und Kompromisse, hier gibt es nur ein glattes „Nein“. Alle diejenigen, die einen Grundsatze darin leben, einen anderen Weg als die Menge zu geben, werden gleichfalls zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß für Sonderauslieferungen und Eigenbedeile die Auslieferungsfrage die allerdingsteigste ist. Die Reichsparteien und ihre Presse werden sich auf den gleichen Standpunkt zu stellen haben. Es handelt sich nicht nur um das Schicksal der Auslieferung. Es handelt sich um unser Schicksal als Volk und Staat. Dieses Schicksal zu ertragen oder abzuwenden, vermag das deutsche Volk nur, wenn es treu, handhaft und einmütig zusammenhält. Schon regen sich im Blätterwald der Entente die Stimmen vom Hülfterton bis zum lauten Aufschrei: „Wollt ihr Europa den letzten Stöck geben um einer raffiniert grausamen Geste willen? Lehten Endes hat der Kampf, der um die Auslieferung dieses Gewaltparagrafen entbrennt, eine tiefe Bedeutung für die Auslieferung des ganzen Friedensvertrages überhaupt gewonnen. Den Ententemächten muß nun zum Bewußtsein kommen, wozu ihr Weg führt, wenn sie dauernd Frankreich die geistige Leitung lassen. Werden sie sich auflassen, um zum erstenmal damit zu brechen? Dann wäre das als ein bedeutungsloses gutes Omen für die politische Zukunft Europas zu werten.

Die Auslieferungsnote überreicht.

Berlin, 8. Febr. Der französische Geschäftsträger Marcellin hat gestern abend zwischen 9 und 10 Uhr dem Reichsminister der Auslieferungsnote und die dazu gehörigen Auslieferungslisten überreicht. Diesen beiden Schriftstücken war noch beigelegt ein besonderes Begleitschreiben an den Reichskanzler. Die Auslieferungsnote ist vom 3. Februar datiert, das Begleitschreiben vom 7. Februar. Hervorzuheben ist, daß die Auslieferungsnote in ihrem ursprünglichen Text nicht geändert worden ist, so daß die bedauerliche Weigerung des Herrn von Versner keine nachteiligen Folgen gehabt hat.

Ein Umschwung.

Mailand, 8. Febr. Angesichts der plötzlich entstandenen englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten über die Auslieferungsfrage ist die Friedenskonferenz wie der Sonderberichterstatter des „Corriere della Sera“ meinet, übereingekommen, die Aburteilung der schuldigen Deutschen dem Völkerbund zu übertragen. Dieser Ausweg ist auf Grund des Artikels 198 des Friedensvertrages von Versailles möglich, der unter gewissen Umständen die Nachprüfung von Vertragsbestimmungen vorsieht. Frankreich hat diesen Ausweg auf das Drängen Englands hin angenommen. Die Liste der Schuldigen wird indessen gleichwohl durch den französischen Geschäftsträger in der auswärtigen Amt in Berlin mit einer Note überreicht, in der jedoch nicht ausdrücklich die sofortige Auslieferung der angeführten Persönlichkeiten verlangt wird. Grundsätzlich wird damit die Möglichkeit einer verständigen Abänderung des Artikels 228 anerkannt. Wie der Gewährsmann des „Corriere della Sera“ betont, geht die Bedeutung des Beschlusses weit über den bloßen Wortlaut hinaus, indem damit ausdrücklich schon jetzt die Notwendigkeit der Durchsicht des Vertrages zugegeben wird. Die Deutschen hätten jetzt nur zu bedauern, daß der überstürzte Beschluß dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorausging und damit die Teilnahme seiner Vertreter an so brennend wichtigen Verhandlungen ausschließt. Diese verständliche Lösung habe wie den Blättern aus Paris bestätigt wird, der britische Außenminister, Lord Curzon, herbeigeführt, der im Auftrag des englischen Premiers für die Milderung eintrete, um der deutschen Regierung die Befriedigung der Alliierten zu erleichtern und in Deutschland nicht eine Volkskandung zugunsten der Reaktion hervorzurufen.

Die Verschuldigungen.

Die offizielle Auslieferungsliste enthält, neben den Namen auch die Verschuldigungen, allerdings in sehr kurzer Form.

Die meisten Staaten haben sich damit begnügt, das angebliche Verbrechen zu benennen. Nur die Franzosen sind etwas ausführlicher. Die Polen geben in den meisten Fällen als Verschuldigungen: Plünderungen an, die Engländer die Beteiligung am Unterseebootskrieg oder die Veranlassung dazu, so gegen Admiral Scheer und gegen Großadmiral von Tirpitz. Die Verschuldigungen gegen Rudenroff und Hindenburg lauten auf „Zerstörungen“ im belagerten Gebiet.

Millerand droht.

Paris, 7. Febr. (WZ.) In der Kammerrede sagte Ministerpräsident Millerand über die Auslieferung des Friedensvertrages von Versailles, es sei zweifellos bedauerlich, daß Amerika den Vertrag noch nicht ratifiziert habe, aber trotzdem habe die Wiedergutmachungskommission schon ihre Arbeiten begonnen. Deutschland müsse 27 Millionen Tonnen Kohlen jährlich liefern. Die Deutschen verbrennten mehr Kohlen als die Franzosen. Das sei eine Lage, die er nicht hinnehmen könne. Der Ministerpräsident besprach die Mittel, über die man verfüge, und die im Friedensvertrag vorgesehen seien, um von Deutschland die Auslieferung der Friedensklause zu erlangen. Er verlas Artikel 429 und sagte: Ich beabsichtige also, Deutschland zu benachrichtigen, daß im Falle offenkundiger Nichtausführung seiner Verpflichtungen die im Artikel 429 vorgesehenen Fristen für aufgehoben erklärt werden und nicht mehr laufen. Der Ministerpräsident verlas auch das Kohlenabkommen und sagte, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, werde man zu wirtschaftlichen und finanziellen Repressalien sowie allen anderen nützlich erscheinenden Maßnahmen greifen, ohne daß Deutschland das Recht habe, sie als einen feindseligen Akt zu betrachten. Millerand fuhr wörtlich fort: „Ich beabsichtige also, wenn der Augenblick gekommen ist, mich dieser Maßnahmen zu bedienen, die der Vertrag mir in die Hand gibt, und ich erkläre von der Tribüne herab, ohne drohen zu wollen, und nur deshalb, damit die Frage sehr klar und wohlverstanden werde, daß wir beabsichtigen, von Deutschland nichts zu verlangen, was es uns nicht aufgrund des Vertrages schuldig ist, daß wir aber alles verlangen werden, was es uns schuldig ist. Um das zu erzielen, werden wir alle Maßnahmen treffen, die der Vertrag uns an die Hand gibt.“

Einberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 7. Febr. (WZ.) Die Reichsregierung hatte heute eingehende Besprechungen mit den Fraktionsvorständen der Nationalversammlung. Es wurde festgestellt, daß die Frage der Auslieferung nur unter Mitwirkung des Parlaments gelöst werden könne. Die Einberufung wird unverzüglich erfolgen, sobald die zur Klärung der Angelegenheit notwendigen Unterlagen vorliegen.

Der Vatikan und das Auslieferungsverlangen.

Röln, 7. Febr. Unter der Überschrift „Die römische Kurie über die Auslieferungsfrage“ schreibt die „Römische Zeitung“: Der „Osservatore Romano“ hat in einem Artikel vom 25. Juni 1919 sehr entschieden die Unmöglichkeit der juristischen Rechtfertigung der Auslieferung des Kaisers vorgelegt. Das Essener Zentrumsblatt, die „Essener Volkszeitung“, macht jetzt darauf aufmerksam, daß weniger als dieser Artikel, ein zweiter vom 16. August 1919 aus derselben Quelle über die Auslieferungsfrage der Heerführer bekannt sei. Dieser zweite Artikel des „Osservatore Romano“ sei damals wegen des Buchdruckerstreiks in Rom in der „Unita Katholica“ in Florenz erschienen. Dem genannten Essener Blatt wurde dazu geschrieben: Auch dieser Artikel prüfte die Frage vom rechtlichen, nicht vom politischen Standpunkt und kommt dabei zu einem vernünftigen Urteil. Auf Grund guter Informationen könnten wir versichern, daß in der Tat auch der zweite dieser Artikel jetzt noch die Auffassung der römischen Kurie darstellt. Der Artikel ist überholt. Der Prozeß gegen die deutschen Heerführer. Er macht materielle, rechtliche und prozeßrechtliche Einwände geltend und erklärt, die Auslieferung des deutschen Kaisers sei ebenso ungeheuerlich, wie die der Heerführer.

Gegensätzliche Auffassung unter den Alliierten.

Paris, 7. Febr. (WZ.) Der „Evening Standard“ verbreitet eine Nachricht seines diplomatischen Korrespondenten, daß die englische Regierung ihrem Berliner Geschäftsträger eine Note übermittle, die er dem Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten überreichen solle, und die dem Reichsministerium seinen Entschluß mitteilen solle. Das Blatt fügt hinzu, man dürfe nicht erwarten, wenn einige Veränderungen an dem Auslieferungserlangen vorgenommen würden. Die Alliierten seien nicht vollständig einig über den einzuführenden Weg. Der amerikanische und der japanische Delegierte, ebenso Lloyd George und Lord Curzon hätten sich vollkommen überzeugt von den Schwierigkeiten, die die deutsche Regierung erfahre. Aber Frankreich sei vollkommen anderer Meinung, während Italien einen zwischen beiden gelegenen Standpunkt einnehme. Diese Nachricht verbreitete der Londoner Korrespondent des „Pettit Journal“.

Die Haltung der englischen Presse.

Amsterdam, 7. Febr. (WZ.) Fast in der gesamten englischen Presse findet die Auslieferungsfrage keine Zustimmung. „Daily Express“ nennt sie einen gewaltigen Mißgriff. Die Lage sei jetzt so, daß entweder die Alliierten Deutschland zwingen müßten und dabei einen Sieg der Spatalkassen riskieren, oder sie müssen ihren Standpunkt preisgeben, dann würden sie ihr ganzes Prestige und ihre Autorität verlieren. Für die einzige Lösung hält das Blatt einen internationalen Gerichtshof in einem neutralen Lande.

Die Ansicht der tschechischen Regierung.

Prag, 7. Febr. (WZ.) Das Organ der Regierung der tschechischen Republik nimmt folgenden Standpunkt zu der von der Entente geforderten Auslieferung deutscher Persönlichkeiten ein: Die deutschen Gerichte gewähren keine hin-

reichende Garantie, daß die Schuldigen wirklich bestraft werden. Auf der anderen Seite jedoch dürfte der Widerstand des deutschen Volkes nicht unterschätzt werden. Vielleicht gibt es aber doch einen Ausweg, der darin zu suchen sei, daß ein neutraler Gerichtshof die Schuld der Angeklagten prüft und diese aburteilt.

Die holländische Kammer hinter ihrer Regierung.

Haag, 7. Febr. Bei der Verhandlung der holländischen Kammer über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten brachte das freisinnig-demokratische Mitglied von Felt folgenden Antrag ein: Die Kammer stimmt der Weigerung der Regierung zu, den ehemaligen Kaiser auszuliefern. Das Budget und dieser Antrag wurden angenommen.

Die Liste der Oesterreicher in Sicht.

Paris, 9. Febr. (WZ.) Habaz. Nach einer Meldung aus Wien soll die Liste der von Oesterreich auszuliefernden Personen in aller Kürze überreicht werden. Unter den angeforderten Personen sollen sich der Erzherzog Josef, General Arz von Straußenberg, Feldmarschall Rodek, sowie der ehemalige Minister Graf Berchtold befinden. Das Auslieferungserfahren wird indessen durch den Umstand kompliziert, daß mehrere der Angeforderten sich jetzt in neutralen Ländern befinden oder infolge Aufteilung der Monarchie jetzt Bürger von Bundesstaaten der Entente sind.

Die Frage des neutralen Gerichts.

Paris, 8. Febr. Zur Frage der Aburteilung der deutschen „Schuldigen“ durch ein neutrales Gericht bemerkt die „Jardier Post“, in den maßgebenden schweizerischen Kreisen sei wenig Neigung vorhanden, sich einer solch undankbaren Aufgabe zu unterziehen. Könnte freilich durch diesen Ausweg eine Lösung des Konflikts erreicht werden, so dürfte sich kaum ein neutraler Staat mit den Traditionen der Schweiz dieser Aufgabe entziehen. Aber wünschenswerter wäre es, daß sich die beteiligten Staaten selbst arrangieren. Die Schweiz würde sich nur ungern daran beteiligen. — Auch der „Berner Bund“ erklärt wiederholt, daß die Schweiz von keiner Seite in dieser Sache angefragt worden sei, und daß von einer Geneigtheit der Schweiz, den früheren Kaiser oder andere Angeklagte abzurufen, selbstverständlich keine Rede sein könne.

Die Produktionsförderung der Landwirtschaft.

Berlin, 7. Febr. Beim preussischen Landwirtschaftsministerium ist eine Kommission zur Produktionsförderung eingesetzt worden, die das Ergebnis ihrer Beratungen in Vorschlägen an den Landwirtschaftsminister zusammengefaßt hat. Diese laufen auf eine Beseitigung der Zwangswirtschaft hinaus und fordern weiter im einzelnen: Für die Milch müssen erhöhte Preise bewilligt werden, der Bedarf des Erzeugers darf nicht beschränkt bleiben. Die vollkommene Freisetzung der Kartoffeln von der Zwangswirtschaft ist weitaus das höchste Mittel für die dringend notwendige Besserung der Kartoffelerzeugung. Das ganze Gebiet der Landwirtschaft soll schon im Jahre 1920 freigegeben werden. Die von der Landwirtschaft zu fordernden Getreidemengen werden durch eine Umlage aufgebracht. Der Preis für das im Wege der Umlage aufzubringende Getreide muß so hoch sein, daß die Erzeugungskosten auch unter ungünstigen Verhältnissen gedeckt werden und noch ein angemessener Gewinn verbleibt. Die Umlage muß den notwendigen Brot- und Viehfuttermittel der versorgungsberechtigten Bevölkerung decken. Hierzu sind 80 Proz. der gegenwärtigen Ration, das heißt 200 Gramm Weizen auf den Verpflegungstag erforderlich. Bei 20prozentiger Ausmahlung des Getreides beträgt der Bedarf für die versorgungsberechtigte Bevölkerung 5400 000 Tonnen Getreide. Ueber die der Landwirtschaft frei verfügbare Getreidemenge von etwa 2700 000 Tonnen darf der Landwirt frei verfügen.

Regelung der Ueberschichten im Ruhrbergbau.

Angesichts der Kohlennot und des guten Willens der Regierung der Bergleute sucht der Reichskommissar Soering die Kohlenförderung zu heigern durch eine Verordnung, die die Verhinderung von Ueberschichten regelt. Danach haben sich die Zechenverwaltungen sofort mit ihren Belegschaften zu verständigen, um ein Einverständnis über die Zahl der Ueberschichten und die betreffenden Tage zu erzielen. Kommt eine Verständigung nicht zustande, so entscheidet endgültig der Zahl und Termin der Ueberschichten. In allen Fällen ist der tarifliche Lohnzusatz von 25 Prozent zu zahlen. Eine Ueberschicht für das gesamte Ruhrrevier ergibt circa 250 000 T. Eine andere Möglichkeit, den nötigen Kohlenbedarf einzuweilen zu decken gibt es leider nicht. Natürlich müssen die Bergarbeiter für die anstrengende Mehrleistung mit Lebensmitteln besonders beliefert werden.

Die Grundschule.

Berlin, 7. Febr. (WZ.) Der amtliche Entwurf des Gesetzes über die Grundschule ist, nachdem er die Zustimmung des Reichskabinetts gefunden hat, dem Reichstag zur Beratung zugegangen. Damit ist der Entwurf für das erste Reichsschulgesetz aufgestellt, das die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Schulwesens, die durch die neue Verfassung dem Reich zugefallen ist, eingeleitet. Im allgemeinen besteht, wie bekannt, die Absicht, die einzelnen Fragen der Schulgesetzgebung von der Reichsschulkonferenz, die in Berlin zusammentreten wird, begutachten zu lassen. Im vorliegenden Falle mußte hiervon abgesehen werden, weil die Länder wie Gemeinden auf eine sofortige Regelung der Schulfrage drängten. Da in Artikel 146 der Verfassung festgelegt ist, daß sich das mittlere und höhere Schulwesen auf der gemeinsamen Grundschule aufzubauen habe, war der einheitliche Inhalt des Gesetzes von vornherein gegeben. Der Gesetz-

entwurf bestimmt, daß die Grundschule vier Unterrichtsjahre umfassen soll. Alle öffentlichen und privaten Vorschulen werden aufgehoben. Es wird indessen den Vorschulen eine gewisse Abwindungszeit zugestanden, doch soll der erste Jahrgang schon im kommenden Jahre nicht mehr neu mit Schülern besetzt werden. Die Tätigkeit der öffentlichen Vorschulen hat nach dem Entwurf mit Beginn des Schuljahres 1924/25 die der privaten Vorschulen mit Beginn des Schuljahres 1929/30 beendet zu sein. Der Gesetzentwurf bestimmt weiter, daß die Kräfte an anderen öffentlichen Schulen bei gleichbleibender Besoldung weiter zu beschäftigen sind. Die Privatunterweisung einzelner Kinder oder geschlossener Gruppen soll nur ausnahmsweise zugelassen, im allgemeinen aber verboten sein. Es besteht die Absicht, das Gesetz, falls die Verabschiedung im Reichsrat und in der Nationalversammlung rechtzeitig erfolgt, noch vor Beginn des Schuljahres am 1. April in Kraft zu setzen.

Papierausfuhr und Papiermangel.

Berlin, 7. Febr. Der deutschnationale Abgeordnete Schiele hat folgende Anfrage in der Nationalversammlung eingebracht: In holländischen Zeitungen werden große Mengen Zeitungsdruckpapier von Berlin aus mit Ausfuhrgenehmigung angeboten. Jeder kennt die Papiernot, unter der die deutschen Zeitungen zu leiden haben. Sind der Regierung die eventuell erteilten Ausfuhrgenehmigungen bekannt und wenn nicht, was gedenkt sie gegenüber den dann offenbar betrügerischen Maßnahmen zu tun, um unseren an sich schwer bedrängten Zeitungsverleger zu schützen?

Bodenschätze.

Flensburg, 8. Febr. Auf Grund der Feststellung eines Ingenieurs und des bekannten Kutschgängers, der auch die Hamburger Gasquelle entdeckt hat, sind bei Scherrebek große Gas-, Öl- und Kalklager entdeckt worden. Das Öl soll schon in ganz geringer Tiefe eine lohnende Ausbeutung gestatten. Es ist bereits ein größeres Bohrunternehmen gegründet worden.

Was alles verschoben wird.

Luxemburg, 7. Febr. In Brunsbüttelkoog wurde die Verschiebung von zwei Torpedobooten nach Holland im letzten Augenblick verhinert.

Der Einzug der Tschechen im Gultschiner Ländchen.

Breslau, 7. Febr. (W.B.) Kurz vor dem Einzug der tschechisch-slowakischen Truppen in Gultschin sang in mondheiler Nacht die gesamte Bevölkerung das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“. Der Abschied von den deutschen Truppen war ebenso herzlich und ergreifend in seiner Begeisterung, als der Empfang der tschechisch-slowakischen Truppen kühl und gemessen war. Darüber vermochte weder die rauschende Willkür der Tschechen noch ihre schwungvollen Reden, noch das ganz militärische Gepränge hinwegzutäuschen. Von irgend einer freudigen Bewillkommung der Tschechen seitens der Bevölkerung des Gultschiner Ländchens war nirgend etwas zu spüren. In Klein- und Groß-Herschau war beim Einzuge der Tschechen kein einziger Deutscher auf der Straße. Nur die von Troppau mitgereisten Tschechen bildeten Spalier. In Deutsch-Trawarn waren die Straßen beim Einzuge der Tschechen voll von Menschen. Als die Tschechen eintraten, sang alles „Deutschland, Deutschland über alles“. Weder in Deutsch-Trawarn noch in Klein- und Groß-Herschau waren Vertreter der Gemeindeverwaltung zum Empfang der Tschechen auf der Straße. Die Tschechen waren gezwungen, die Gemeindebehörden in den Amtsräumen aufzufinden.

Ein Verschleppungsversuch an deutschen Gefangenen?

Zürich, 7. Febr. Den Zwischenfall bei einem Gefangenentransport aus Frankreich stellt das „Zürcher Volksrecht“ auf Grund einer Mitteilung von gut unterrichteter Seite so dar, daß ein Zug mit deutschen Gefangenen, der aus Frankreich kam, durch die Schweiz an die polnisch-boschewistische Front geführt werden sollte. Es handelte sich um Schlesier, deren Nationalität noch nicht endgültig entschieden war. Diese sollten nun nach dem Wunsch der Entente nach Polen geführt werden, um gegen Sowjet-Rußland zu kämpfen. Die Schlesier weigerten sich, dies zu tun, sie halten sich nicht für Polen, sondern für Deutsche. Auch wollten sie nach vier bis fünfjähriger Gefangenschaft nicht von neuem in den Krieg ziehen. In Järich nahmen 37 der Heimkehrenden Reichsaus und wurden von Polizei und Militär verfolgt, zum Teil auch wieder eingekerkert. Der Zug wurde bis Sargans von bewaffneter Züricher Polizei begleitet, auch folgten im vier Automobile.

Schuld und Sühne.

Originalroman von Erich Ebenstein.

„Rein, aber es ist so merkwürdig! Nachdem ich mir vergeblich alle Mühe gab, bei ihr vorgelassen zu werden, oder Näheres über ihr Privatleben zu erfahren, kommen Sie nun plötzlich daher und sagen, Fräulein Spira ist Ihre Du-Freundin!“

„War es bitte! Die Zeit ist längst vorbei, und später haben wir uns jahrelang ganz aus den Augen verloren. Ich mußte nicht einmal, als ich hier den Namen Spira auf dem Theaterzettel las, daß dies die kleine Amalie Schindler ist, mit der ich seinerzeit Mat- und Sprachstunde gemeinsam besuchte.“

„Spira ist also ein „Künstlername“?“

„Ja. Amalie ist die Tochter des verstorbenen Oberst Schindler, und hat eine sehr sorgfältige Erziehung genossen. Wir lernten uns in der Schule kennen — denn sie ist nur zwei Jahre jünger als ich — und besuchten nachher gemeinsam noch Fortbildungskurse. In dieser Zeit hätte niemand gedacht, daß sie zum Theater ginge. Sie war ziemlich hochmütig und sehr stolz auf die Stellung ihres Vaters. Mit siebzehn Jahren verlobte sie sich mit einem adeligen Leutnant, der aber ebensoviele Vermögen besaß, wie sie selbst. Man sagte übrigens, daß sie eine reiche Tante in Deutschland beerben werde, und diese ihr wohl auch die Heiratskautio vorstrecken würde. Dann starben plötzlich ihre Eltern rasch nacheinander, und Amalie war auf eine kleine Erbschaft, die Freunde ihr bei Sr. Majestät erwirkten, angewiesen. Damals verschwand sie aus unserer Stadt. Es hieß, sie sei nach Deutschland zu ihrer Tante. Die Verlobung muß auch gelöst worden sein, denn der Leutnant heiratete bald danach eine reiche Zuckerfabrikantentochter. Erst viele Jahre später kam sie als Altitin an unsere Volkssoper. Man erzählte sich, ihre Tante sei gestorben und habe ihr in letzter Zeit ein ansehnliches Vermögen hinterlassen, so daß sie ihren Beruf nur zum Vergnügen ausübt.“

„Und Sie leben die einstige Freundschaft nicht wieder erneuert?“

um etwaige Flüchtlinge verfolgen zu können. Das Zürcher „Volksrecht“ fügt hinzu, das sei nichts anderes als eine Mißhilfe der Schweiz, diese Leute gegen ihren Willen in polnische Kriegsdienste gegen Rußland zu pressen. Die Darstellung des „Volksrechts“ wird von den „Basler Nachrichten“ im allgemeinen bestätigt.

Bern, 8. Februar. (W. T. B.) Ein Zwischenfall, den in Basel die unaufgeklärte Rationalität eines Kriegsgesangenentransportes verursacht hatte, hat dank dem lokalen Entgegenkommen der Schweizer Behörden rasch und befriedigende Lösung gefunden. In Basel wurde im Beisein eines Vertreters der deutschen Gesandtschaft eine Abstimmung unter den Insassen des Transportes vorgenommen, bei der sich 800 Mann als deutsche Reichsangehörige bezeichneten, während sich die übrigen 200 Mann als Polen bekannten. Der Bundesrat hat daraufhin angeordnet, daß der Transport auf schweizerischem Boden aufgelöst sei. Die 800 Mann, die die Heimführung nach Deutschland verlangt hatten, wurden in Konstanz den deutschen Behörden übergeben, die übrigen 200 Mann werden über Vesterreich nach Polen die Reise fortsetzen.

Generalstreik der französischen Bergarbeiter.

Paris, 7. Febr. Der Generalsekretär der Bergarbeiter Varrhel erklärte, daß der Regierungsvorschlag bezüglich der Altersversorgung unbefriedigend sei und daher die Bergarbeiter am 16. Februar in den Generalstreik eintreten würden.

D'Annunzio bringt einen italienischen Dampfer als Brise auf.

Das Agramer Blatt „Obzor“ läßt sich aus Cattaro melden, daß der Dampfer „Batanto“, der nach St. Giovanni di Medua unterwegs war und an Bord Nahrungsmittel für die Verproviantierung der italienischen Besatzungstruppen in Albanien gehabt hatte, mit seiner ganzen Ladung und seiner Kasse von zwei Millionen Lire von den Seekreistrafen d'Annunzios abgefangen und nach Fiume gebracht wurde, wo d'Annunzio die Ladung des Dampfers für seine Brise erklärte.

Eine Schlacht in der römischen Kammer.

In der römischen Kammer tobte am Mittwoch nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ eine wahre Schlacht zwischen Katholiken und Sozialisten. Die Katholiken hatten gewisse Sozialisten beschuldigt, Kriegswucher zu treiben, darauf fielen die Sozialisten geschossen über die Katholiken her. Ueber 200 Abgeordnete bearbeiteten sich 20 Minuten lang mit Häufen und Fußtritt, bis die allgemeine Erschöpfung den Kampf beendete.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, 10. Februar 1920

„Aus der evangelischen Gemeinde. Herrn Hilfsprediger Grün ist der Charakter als Pfarrer verliehen worden.“

„Eine wichtige Bekanntmachung über die Bewirtschaftung von Baustoffen findet sich im amtlichen Teil dieser Nr. d. Bl.“

„Die öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Partei in der „Alten Post“, in der Dr. Quard über „Arbeitspolitik oder Volkspolitik“ spricht, beginnt um 7½ Uhr und nicht um 8 Uhr, wie in dem diesbezüglichen Inserat angegeben war.“

„Ueber die Bewirtschaftung von Baustoffen hat der Regierungspräsident in Kassel in seiner Eigenschaft als Bezirkskommissar für die Provinz Hessen-Rheingau mit Gültigkeit vom 1. Januar 1920 ab Bestimmungen erlassen, welche die Beschaffung und Bewirtschaftung von Baustoffen, die Meldepflicht, die Zuweisung, das Freigabeverfahren für Baustoffe betreffen. Folgende Baustoffe werden durch diese Bestimmungen betroffen: Alle gebrannten und anderen künstlichen Mauersteine (Form-, Kalksand-, Schwamm-, Schlacken- und Zementsteine), Hohlsteine, Dachziegel aller Art, Drainröhren, alle Ziegelerzeugnisse, Zement und Kalk. Allen Hausbesitzern, allen Bauherren und allen Bauhandwerkern, welche zum Bau oder zur Instandhaltung von Häusern solche Baustoffe benötigen, wird geraten, sich mit dem Stadtbauamt, Zimmer 14 des Rathauses, zwecks näherer Auskunfterteilung in Verbindung zu setzen.“

„(—) Familienabend. Der Männergesangsverein „Evangelischer Kirchenchor“, welcher in diesem Jahre auf die Zeit seines vierzigjährigen Bestehens zurückblickt, veranstaltete Sonntag für seine Mitglieder einen Familienabend mit Theateraufführung. Es gelangte zur Ausführung „Der Bettelheini“, ein süddeutsches Volksstück, in dem ernste und heitere Szenen aus ländlichen Verhältnissen geboten wurden. Es wurde gut und flott gespielt und durch

reichlichen Beifall der zahlreichen Anwesenden den wirkenden gedankt. Der hiesig bestellte Sängerkhorus, Dirigent Herr Lehrer Haas, verschönerte den mildeabend noch durch den Vortrag einiger Lieder.“

Wg. Invaliden-Rentenempfänger u. Reichsversicherungsordnung. Allgemein spricht man, und mit Recht, von der Notlage der Invaliden und Rentenempfänger in den jetzigen miffligen Verhältnissen, aber im Sinne der noch nicht sehr alten aber durch die Verhältnisse überholten Reichsversicherungsordnung ruhig weiter. Wer 66½ Prozent erwerbsunfähig ist, ist Invaliden-Rentenempfänger. Das erscheint als eine ungemein Härte gegenüber denjenigen Personen, welche 50 Prozent erwerbsunfähig sind und als halbe Menschen dann im Stich gelassen werden. Unter den heutigen Verhältnissen fällt aber schon jedem Angeestellten und Arbeiter bei vollständiger Arbeitsfähigkeit schwer, sich durchzuringen. Es ist eine der ersten sozialen Aufgaben, hier Remedur zu schaffen und je nach dem Grade der Erwerbsbeschäftigung auch eine dementsprechende Rente als Ersatz zu schaffen. Heute ist nun die Sache so, daß ein Invaliden-Rentenempfänger während des Krieges als Hilfsdienstpflichtiger gezwungen wurde, eine Beschäftigung in der Kriegswirtschaft anzunehmen und dem ausdrücklich zugesichert war, daß ein Rentenanspruch durch den Verdienst nicht eintrete, falls die Rente verlustig erklärt wird, wenn er mehr als ein Drittel ortsüblichen Tageslohn laut gesetzlichen Bestimmungen verdient. Da derselbe in unseren Verhältnissen auf der Welt steht, darf er täglich eine Mark verdienen. Wie widerspruchsvoll die ganze Sache ist — und daneben, wie unsozial zuweilen gedacht und gehandelt wird, zeigt folgender Fall. Vor Jahren wurde ein Arbeiter zum Invaliden (66½ Prozent erwerbsunfähig) erklärt mit einem Betrag und Alterserscheinungen. Heute, nach Jahren, ergibt die Untersuchung durch denselben Arzt vorgenommen, daß bei zwei Brüchen und jedenfalls viel härteren Alterserscheinungen, denn der Krieg hat in diesem Falle unbedingt die Alterserscheinungen in noch viel härterer Weise in Erscheinung treten lassen, eine Erwerbsbeschränkung von 50 Prozent besteht. Also ein direkter Gegensatz, der aber gerechtfertigt wurde dadurch, daß man sagte: der Mann verdient pro Tag 8 Mark, das ist mehr als er gesetzlich verdienen darf; und folglich muß das Gutachten so ausfallen, daß keine Rente mehr bezogen werden darf, obwohl der Selbsthaltungstrick heute jeden Menschen zwingt, solange er noch einen Finger rühren kann, irgend welche verdienstbringende Arbeit zu leisten. Würde jeder Invaliden in volkschädigender Weise schieben und wuchern, so könnte ihm kein Verdienst nachgewiesen werden; da er statt dessen ehlich arbeitet, bestraft man ihn damit, daß man ihm die Rente entzieht, alles auf Grund der Reichsversicherungsordnung. Aus einem so handgreiflichen Beispiel heraus erscheint es schon erforderlich, daß alle beteiligten Kreise sich für eine Anpassung der Reichsversicherungsordnung an die heutigen Verhältnisse einsetzen. Außerdem müßte jeder, der heute beim Verdienstamt mitwirkt, sich unbedingt befleißigen, das größte soziale Empfinden an den Tag zu legen, so lange wir an die längst überholten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung gebunden sind, damit nicht im jetzigen Zeitalter Maßnahmen getroffen werden, die sozial rückständig sind und den abgebrachten Arbeitern und Angehörten den Lebensabend noch drückender gestalten. Es ist unbedingt am Platze, daß darüber in der Öffentlichkeit einmal gesprochen wird und alle einflussreichen Körperschaften auf die oben erwähnte Neubearbeitung der Reichsversicherungsordnung einmal hingewiesen werden.

Für 20 Millionen neue Zinzmünzen. Der Reichsrat hat sich gestern mit der Kleingeldnot befaßt, die im ganzen Reich besteht und eine Folge des Samstags ist. Der Reichsrat erklärte sich damit einverstanden, daß wir weitere 20 Millionen Mark Zinzmünzen ausprägen. Im Ausschuss wurde darauf hingewiesen, daß alle bisher beschlossenen Prägungen dem Mangel an Kleingeld nicht gesteuert haben. Die Münzen kämen aus dem Verkehr, weil der Metallwert höher als der Münzwert sei. Gehe es so weiter in unserer Entwicklung und würden selbst die Zinzmünzen diese Entwicklung teilen, dann werde man zweifellos dahin kommen, die kleinen Münzen aus einem Stoff herzustellen, der völlig wertlos sei.

Vom Wetter. Die beiden verflochtenen Wintermonate waren gegenüber dem langjährigen Mittel in unserer Provinz zu warm, der Dezember allerdings nur um 0,7 Grad, dagegen der Januar um 3,3 Grad. Hieran haben sich Befürchtungen und Hoffnungen geknüpft auf die Wärmeverhältnisse im kommenden Frühjahr. Manche meinen, daß nun auch das Frühjahr ein mildes sein würde, andere, daß im kommenden Frühjahr ein Kälteeinbruch die Folge sein

„Möglich. Jedenfalls muß man trachten, sie unauffällig über diesen Punkt auszuholen. Und da ich mich leider bei ihr in meiner Eigenschaft als Detektiv melden ließ, und sofort ihr Mißtrauen erregte.“

„Wissen wir die Sache nun in die Hand nehmen. Und wir werden es! Verlassen Sie sich ganz auf Vera und mich. Morgen schon suchen wir die Spira auf. Es wird ein Glück für Vera sein, wenn sie mithelfen darf, ihres Liebsten Unschuld an den Tag zu bringen!“

13.

Herr „Möders“ hatte sich bald die Beliebtheit seiner Mitbewohner errungen. Jedermann im Hause Enderstraße 29, hatte ihn gern, von Frau Brangl angefangen, bis zur Familie Wawra in der Manjarte, die ihn überhaupt nur mehr als ihren guten Engel betrachtete. Bedeutete doch jeder seiner Besuche bei ihnen einen Sonnenstrahl für Mutter und Kinder.

Er hatte es bei Franz Wawras Brotgeber durchgesehen, daß dieser dem jungen Menschen die Stelle als Gehilfe bis zur Genesung offen hielt. Er verschaffte Frau Wawra Privatunterricht für ihre Strickarbeit, die sie weit besser bezahlte, als das Gehalt, für das sie bisher ausschließlich tätig war.

Zu dieser Rundschau gehörte auch Renate und Vera von Troll. Ein Wort Hempels, mit dem er sie auf die traurige Lage der Familie aufmerksam machte, genügte, um ihren Eifer, den Wawras zu helfen, zu wecken.

Beide Damen erschienen häufig mit Liebesgaben in der armenigen Manjarte, so daß es Frau Wawra nun endlich möglich war, der Vorschrift des Arztes, ihre Kinder „gut“ zu nähren, nachzukommen.

Auch hatte Renate versprochen, es durchzusehen, daß Hedwig Wawra einen Freiplatz in einer Heilanstalt beläme. Denn der Arzt war der Ansicht, daß ihre Lähmung durch eine geeignete Kur und längeren Aufenthalt in waldreicher Gegend wohl geheilt werden könne.

Und all dies verdankten sie dem guten Herrn Möders, den der liebe Gott ihnen als Rettungengel in der Stunde tödlicher Not gesandt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

würde. Wie der Februar ausfällt, wissen wir noch nicht. Die nunmehr 33-jährigen Beobachtungen von Weiburg zeigen jedoch folgendes: Nach einem zu warmen Winter ist das folgende Frühjahr in 58 Prozent aller Fälle ebenfalls zu warm, nach einem ungewöhnlich warmen Winter in 75 Prozent der Fälle aus das kommende Frühjahr zu warm. Ähnlich überwiegt nach einem zu warmen Dezember und Januar die Wahrscheinlichkeit, daß auch das kommende Frühjahr zu warm sein wird. Allerdings ist diese Wahrscheinlichkeit nicht sehr groß. Wichtig ist vielleicht noch die Frage, wie groß nach einem zu warmen Winter die Wahrscheinlichkeit ist, daß im Mai noch Fröste einfallen. Nach den Beobachtungen kommen nach einem zu warmen Winter nur in 37 Prozent aller Fälle Fröste vor, nach einem zu warmen Dezember und Januar nur in 29 Prozent aller Fälle. Diese Zahlen besagen freilich nicht allzuviel, da bei uns nur in 42 Prozent aller Winter überhaupt Fröste einfallen. Doch zeigt obige Zusammenstellung, daß wir nach einem zu warmen Winter, wie wir ihn bis jetzt hatten, eher auf ein mildes Frühjahr und verhältnismäßig späten Frost schließen dürfen als auf das Gegenteil. Wetterdienststelle Weiburg.

Winden (Rassau), 4. Febr. Vandenweiss auftretende Wilderer wurden hier auf der Gemeindegasse ertwischt. Ein Wilderer wurde dabei verwundet.

Worms, 9. Febr. In den Wartesaal vierter Klasse des Hauptbahnhofs in Worms kam dieser Tage eine größere Gesellschaft, die reichlich Bier trank und dann sämtliche Plätze (32 an der Zahl) mitnahm. Es ist eben nichts mehr sicher.

Schneidemühl, 7. Febr. (Wolff.) Der Urheber des Eisenbahntentats, dem der D-Zug 4 Schneidemühl-Berlin zum Opfer fiel, mit der Folge, daß 18 Passagiere getötet und 26 verletzt wurden, Otto Berleberg, der den Anschlag in Gemeinschaft mit den beiden russischen Arbeitern Boychuk und Jozinski verübte, wurde heute vom Schwurgericht zum Tode verurteilt.

Gefahren bei der Viehlieferung an die Entente. Bei der neuerdings wieder eingetretenen Verfeuchung des Reichs mit Maul- und Klauenseuche wird damit gerechnet werden müssen, daß ein Teil der auf Grund des Friedensvertrages an den Feindbund zu leistenden Viehlieferungen versäumt an der Grenze ankommen wird. Nun hat zwar Frankreich in dieser Beziehung ein gewisses Entgegenkommen, dessen praktische Bedeutung aber noch abzuwarten bleibt, zugesichert. Dagegen hält Belgien an seinem immer noch durchaus rigorosen Standpunkt fest, wonach es gegebenenfalls den ganzen Viehzug zurückweisen werde, wenn in dem Transport bei der Untersuchung an der Grenzübernahmestation Maul- und Klauenseuche festgestellt würde. Da es meist unmöglich sein wird, die erkrankten Transporte wieder zurückzuführen, trotzdem alle erdenklichen Maßnahmen zur Erhaltung der wertvollen Tiere in unsichtbarer Weise getroffen sind, muß mit der Notwendigkeit gerechnet werden, daß ein erheblicher Teil dieses den Feindbänden entnommenen Viehs unter Umständen geschlachtet wird. Dadurch droht aber unserer Volkswirtschaft eine neue schwere Schädigung, die sich vielleicht viel höher stellen wird als das, was sich der Feindbund beim Friedensschlusse an Viehlieferungen ausbedungen hat. Wird nämlich die Rückführung erforderlich, so erwacht der Ursprungsprovinz dadurch die Pflicht, anstelle der nicht abgenommenen Tiere Ersatz zu stellen. Diese Anforderungen könnten aber unter den widrigen Seuchenverhältnissen leicht fortgesetzt werden, solange es in Deutschland überhaupt noch Vieh gibt.

Die Zunahme der Sterblichkeit an Tuberkulose. Die Statistische Korrespondenz veröffentlicht die folgenden Zahlen über die Sterblichkeit an Tuberkulose in Preußen. Es starben an Tuberkulose:

Jahr	absolut	von 10000	Jahr	absolut	von 10000
1877	83 769	32.01	1910	60 479	15.29
1880	84 895	31.12	1913	56 861	13.65
1885	88 056	30.76	1915	61 006	14.45
1890	84 086	28.11	1916	66 544	15.76
1895	73 752	23.26	1917	87 032	20.52
1900	70 602	21.13	1918	96 844	22.83
1905	70 323	19.13			

Aus dieser Tabelle ist zu ersehen, daß wir durch den Krieg im Kampf gegen die Tuberkulose um rund 25 Jahre zurückgeworfen worden sind!

Eine neue Rechtschreibung. Im Reichsministerium hat unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Schulz eine Besprechung von Sachverständigen über die Frage der deutschen Rechtschreibung stattgefunden. Die Beschlüsse einer durchgreifenden Neuordnung bildeten die Mehrheit des Ausschusses. Die von ihnen für nötig erachteten Gesichtspunkte für die Neuordnung der Rechtschreibung werden dem Reichsausschuss auf seiner nächsten Sitzung als Entschiedenheit des Sachverständigenausschusses vorgelegt werden. Doch soll neben dem Vertreter der Mehrheit auch ein Vertreter der Minderheit berichten, damit im Reichsausschuss auch deren Gründe eingeleitet zu Gehör gebracht werden. Es handelt sich dabei um die Einführung der rein phonetischen Schreibweise, deren sich einzelne Leute schon jetzt bedienen. Alle großen Buchstaben, alle Dehnungs- und Doppelkonsonanten sollen dabei weggelassen. Als Grund für die Zweckmäßigkeit dieser Rechtschreibung geben ihre Verteidiger die geistige Entlastung der Jugend an.

Der Kenner der Affensprache. Im Reichsministerium hat unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Schulz eine Besprechung von Sachverständigen über die Frage der deutschen Rechtschreibung stattgefunden. Die Beschlüsse einer durchgreifenden Neuordnung bildeten die Mehrheit des Ausschusses. Die von ihnen für nötig erachteten Gesichtspunkte für die Neuordnung der Rechtschreibung werden dem Reichsausschuss auf seiner nächsten Sitzung als Entschiedenheit des Sachverständigenausschusses vorgelegt werden. Doch soll neben dem Vertreter der Mehrheit auch ein Vertreter der Minderheit berichten, damit im Reichsausschuss auch deren Gründe eingeleitet zu Gehör gebracht werden. Es handelt sich dabei um die Einführung der rein phonetischen Schreibweise, deren sich einzelne Leute schon jetzt bedienen. Alle großen Buchstaben, alle Dehnungs- und Doppelkonsonanten sollen dabei weggelassen. Als Grund für die Zweckmäßigkeit dieser Rechtschreibung geben ihre Verteidiger die geistige Entlastung der Jugend an.

Amtlicher Teil.

(Nr. 31 vom 10. Februar 1920.)

Die Ortspolizeibehörden des Kreises

machte ich auf die unter Ziffer 28 der Nummer 3 des Regierungs-Amtsblatts veröffentlichte Bekanntmachung des Herrn Handelsministers vom 4. Dezember 1919 — III 12524 — betreffend Aetzschweißapparate der Firma Kraß und Fritz in Stuttgart aufmerksam.

Der Apparat der Firma Kraß und Fritz in Stuttgart, dem die genannten Vergünstigungen gewährt werden, muß mit einem Fabrikstempel versehen sein, das je nach der Apparatgröße die Aufschriften der nachstehenden Tabelle enthält:

Name und Wohnort des Fabrikanten	Jahr der Anfertigung	laufende Fabrikationsnummer	Apparatgröße	0	1	2	3
Kraß und Fritz in Stuttgart			Rohrbohrung in kg	2+2	2+2	2+2	5+5
			Rugbarer Inhalt des Gasbehälters in ltr.	36	80	120	200
			Größte Dauerleistung in Std./ltr.	1200	2400	3600	6000
			Höchstbelastung der Glöde in kg	32	36	44	60
			Typennummer	J ₁	J ₂	J ₃	A ₄
			Bohrung der Drossel in mm	4.0	6.5	8.0	—
			Stärke der Drossel in mm	3	3	3	—

Zeichnungen und Beschreibungen sind im Bedarfsfalle anzufordern.

Limburg, den 5. Februar 1920.

2 289 Der Landrat

Bekanntmachung

über die Bewirtschaftung von Baustoffen.
Für das mit dem Herrn Reichskommissar für das Wohnungswesen zur Bewirtschaftung überwiesene Gebiet (Provinz Hessen-Rassau und Kreis Wehlar) regelt sich die Bewirtschaftung der Baustoffe mit Gültigkeit vom 1. Januar 1920 folgendermaßen:

I. Beschlagnahme und Bewirtschaftung:
Die durch das Kriegsamt Berlin ausgesprochene und durch die stellv. Generalkommandos des XI. und XVIII. A. R. veröffentlichte Beschlagnahme und Bestandserhebung von Baustoffen vom 15. Januar 1918 ist nach wie vor in Kraft und erstreckt sich auf sämtl. vorhandenen und neu erzeugten Mengen von gebrannten und anderen künstlichen Mauersteinen (Form-, Kalk-, Schwenm-, Schlacken- und Zementsteine), Holzklebe, Dachziegel aller Art und Traubentröbren, sowie insbesondere auch auf alle Lehmsteine und auf solche Ziegeleierzzeugnisse, welche auch ohne amtliche Kennzeichnung mit Abfallstoffen oder Holz gebrannt oder gepreßt sind. Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die Veränderungen an den von ihr betroffenen Gegenständen verboten ist, und daß rechtsgültige Verfügungen über sie solange nichtig sind, als sie nicht durch amtlichen Freigabebeschein oder Dringlichkeitsbeschein für Kleinabgabe besetzt sind. Außer den vorgenannten beschlagnahmefähigen Baustoffen werden amtlich bewirtschaftet alle Arten von Zement und Kalk.

Ferner steht mir als Demobilisationskommissar das Recht der Beschlagnahme und Enteignung aller, insbesondere auch der aus Abbrüchen gewonnenen Baustoffe zu.

II. Meldepflicht.

Alle Personen, welche die als beschlagnahmefähigen Gegenstände erzeugen, mit ihnen handeln, oder, ohne mit ihnen zu handeln, solche lagern, haben monatlich nach dem Stande vom 1. d. Mts. an die Bauhoffbeschaffungsstelle Kassell, Bahnhofstraße 1 auf vorgeschriebenem Formblatt VIII ohne besondere Anforderung spätestens bis zum 5. des Monats in einfacher Ausfertigung portofrei Meldung einzureichen. Die Formblätter sind seitens des Meldepflichtigen zu beschaffen und von der Waisenhaus-Druckerei in Kassell zu beziehen. Meldepflichtig ist auch, wer Baustoffe aus Abbrüchen in größeren Mengen, d. h. bei Bausteinen über 5000 Stück und bei Dachziegeln über 500 Stück gewinnt.

Jeder Meldepflichtige hat ein Lagerbuch zu führen, aus dem die beschlagnahmefähigen und bewirtschafteten Gegenstände nach Menge, Größe und Beschaffenheit zu ersehen sind. Aus dem Lagerbuch muß Zu- und Abgang, der Empfänger und die Nummer des Freigabebescheines ersichtlich sein. Die Dringlichkeitsbescheinigungen für Kleinabgabe sind aufzubewahren und auf Anforderung der Bauhoffbeschaffungsstelle vorzulegen.

III. Zuweisung:

Die Kleinabgabe von Baustoffen an Selbstverbraucher für dringende Ausbesserungsarbeiten erfolgt durch die Lieferwerke oder Händler nur auf Grund von Dringlichkeitsbescheinigungen, zu deren Ausstellung nur die für den Baubort zuständigen Landratsämter und bei Stadtgemeinden von über 10000 Einwohner die Gemeindevorstände oder die von ihnen beauftragten städtischen Baupolizeibehörden berechtigt sind. Auf Dringlichkeitsbescheinigungen dürfen für eine Instandsetzungsbauarbeit nicht mehr abgegeben werden als 1000 Stück Dachziegel, 300 Biberichswänze oder statt dessen 100 Stück Halbziegel oder Holzpflanken, 2000 Drainröhren, 300 Kilogramm Zement und 400 Kilogramm Kalk.

Die Zuweisung aller über die vorgenannten Zahlen hinaus gehenden Mengen von beschlagnahmefähigen und bewirtschafteten Baustoffen erfolgt durch Freigabebeschein und bewirtschafteten Baustoffen erfolgt durch Freigabebeschein jeweils nur für den Monatsbedarf durch die Bauhoffbeschaffungsstelle beim Bezirkswohnungs-kommissar in Kassell, Bahnhofstraße 1 (Freigabebeschein 1925-26), welche zur Ausstellung von Freigabebescheinen über alle Arten von Ziegeleierzzeugnissen und künstlichen Mauersteinen allein zuständig ist.

Bei den bewirtschafteten Baustoffen erstreckt sich ihre

Zuwendbarkeit jedoch

a) bei Kalk nur auf Baustoff und

b) bei Zement auf folgende Baugruppen:

1. Kleinwohnhausbau,
2. Staatsbauten (mit Ausnahme von Bergbauten, Wasserbauten und Eisenbahnbauten),
3. Provinzial- und Kommunalbauten,
4. Industriebauten,
5. Landwirtschaftliche Bauten.

Die Lieferung der Zementwarenfabriken und des Handels für die Abgabe zum Kleinverbrauch geschieht ohne Beteiligung der Bauhoffbeschaffungsstelle unmittelbar durch die zuständigen Zementverbände bzw. Kalkbundesstellen.

IV. Freigabeverfahren:

Anträge auf Bauhofffreigabe sind in Zukunft an die für den Bauort zuständige Baugenehmigungsbehörde (Landratsamt) zu richten, welche jede erforderliche Auskunft über den Gang des Freigabeverfahrens erteilt und die vorgeschriebenen Formblätter ausgibt. Die Baugenehmigungsbehörden sind von mir beauftragt, alle Gesuche auf ihre Dringlichkeit und die Art der Bauausführung hin zu prüfen und sie ab-

zunehmen, wenn sie den gegebenen Richtlinien nicht entsprechen. Unmittelbar an die Bauhoffbeschaffungsstelle Kassell unter Umgehung der örtlichen Baugenehmigungsbehörde gerichtete Anträge in Freigabeangelegenheiten sind in Zukunft vollkommen zwecklos und führen nur zu Verzögerungen. Das gleiche gilt für persönliche Vorstellungen bei der vorgenannten Stelle.

V. Ungültigkeitserklärung von Freigabebescheinen.

Am 15. Januar 1920 verlieren alle seitens der Bauhoffbeschaffungsstelle Kassell oder der Ziegeleibewirtschaftungsstelle Frankfurt vor dem 1. Januar 1920 ausgestellten Freigabebescheine über Ziegeleierzzeugnisse und künstliche Mauersteine anderer Art ihre Gültigkeit. Soweit die Lieferung der Freigabebestimmung bis zu diesem Zeitpunkt nicht erfolgt ist, muß die Freigabe der Restmengen seitens der Bauherrn unter Vorlage des alten Freigabebescheines bei der Bauhoffbeschaffungsstelle erneut beantragt werden. Vom 15. Januar 1920 ab dürfen Lieferungen vorgenannter Baustoffe nur noch auf Grund der neuen seitens der Bauhoffbeschaffungsstelle Kassell auf dem rhen. Formblatt III ausgestellten Freigabebescheine erfolgen.

VI. Aufhebung der Ziegeleibewirtschaftungsstelle Frankfurt.

Die Ziegeleibewirtschaftungsstelle Frankfurt hat am 1. Januar 1920 ihre Tätigkeit für mein Bewirtschaftungsgebiet eingestellt.

Kassell, den 1. Januar 1920.

Der Regierungspräsident.

Bezirkswohnungs-kommissar.

Springorum.

Wird veröffentlicht.

Die Herren Bürgermeister des Kreises (außer Limburg und des Glasenbaches) werden hiermit beauftragt, Bauinteressenten noch besonders im Sinne der vorstehenden Bekanntmachung zu verständigen, mit dem Hinweis, daß die in Rede stehenden Formblätter gegen Erstattung der Kosten auf dem Kreisbauamt in Limburg (Walderdorferhof, Zimmer Nr. 25) während den Vormittagsstunden abgegeben, oder von der genannten Stelle auf Anforderung gegen Postnachnahme verlangt werden. Am übrigen belibt alles weitere wegen Anforderung der Kosten im Sinne der Bauhoffbewirtschaftung vorbehalten.

Schließlich wollen die Herren Bürgermeister allen Bauinteressenten dringend empfehlen, vor Ausstellung von Bauprojekten auf dem hiesigen Kreisbauamt während der Dienststunden zwecks Belehrung Rücksprache zu nehmen.

Limburg, den 9. Februar 1920.

2.

R. B. 281.

Der Landrat.

Mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages hört eine Kontrolle der neutralen Zone bzw. 50-Kilometer-Zone durch Angehörige der französischen und amerikanischen Oberkommandos auf. Sie wird nunmehr ausschließlich durch den Internationalen Ueberwachungsausschuss unter dem Vorsitz des französischen General-Löw in Berlin ausgeübt. Gesuche und Anträge irgendwelcher Art von Bewohnern, der 50 Kilometer-Zone an das französische Oberkommando in Mainz oder das amerikanische in Koblenz sind künftig zwecklos, sie sind, wie auch bisher im allgemeinen geschehen, an das Abchnittskommando zu richten, das die Weitergabe nach Berlin veranlaßt.

Kassel a. d. Lahn, den 30. Januar 1920.

Kommandeur der neutralen Zone.

Wischmann III.

La. Nr. 1664.

Elternbeiträge

Den Termin für die Wahlen zu den Elternbeiträgen legen wir auf Sonntag, den 14. März d. Js. fest. Diejenigen Eltern, deren Kinder Oftern 1920 die Schule verlassen, sind nicht in die Wählerliste aufzunehmen. Eltern, deren Kinder zu Oftern 1920 in die Schule eintreten, sind in die Wählerliste aufzunehmen.

Im übrigen haben nun die Schulleiter entsprechend den von uns veröffentlichten Bekanntmachungen über die Wahlordnung für Elternbeiträge das Weitere zu veranlassen. Wiesbaden, den 27. Januar 1920.

Ab. R. 476 II Ang.

Regierung,

Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

(Schluß des amtlichen Teils.)

Zwangsinnung für Küfer und Kübler.

Die Liste der Handwerker, die an der Abstimmung über die Errichtung einer Zwangsinnung für das Küfer- und Küblerhandwerk in den Kreisen Limburg, Oberlahn, Unterlahn und Westerburg teilgenommen haben, ist am 24. Januar 1920 von mir geschlossen worden. Dieselbe liegt zur Einsicht und Erhebung etwaiger Einsprüche der Beteiligten in der Zeit vom 20. Februar bis 4. März 1920 einschließlich in Zimmer Nr. 15 des Rathauses in Limburg während der Dienststunden (von 8-12 Uhr) offen. Nach dem 4. März 1920 eingehende Einsprüche bleiben unberücksichtigt.

18(31

Limburg, den 7. Februar 1920.

Stierhädter, Magistratschöffe,

als Kommissar des Herrn Regierungspräsidenten.

Zwangsinnung für Sattler u. Tapezierer.

Die Liste der Handwerker, die an der Abstimmung über die Errichtung einer Zwangsinnung für das Sattler- und Tapeziererhandwerk in den Kreisen Limburg und Westerburg teilgenommen haben, ist am 24. Januar 1920 von mir geschlossen worden. Dieselbe liegt zur Einsicht und Erhebung etwaiger Einsprüche der Beteiligten in der Zeit vom 20. Februar bis 4. März 1920 einschließlich in Zimmer Nr. 15 des Rathauses in Limburg während der Dienststunden (von 8-12 Uhr) offen. Nach dem 4. März 1920 eingehende Einsprüche bleiben unberücksichtigt.

19(31

Limburg, den 7. Februar 1920.

Stierhädter, Magistratschöffe,

als Kommissar des Herrn Regierungspräsidenten.

Karl Kessler,

Samenhandlung, Limburg (Lahn)

Gartensämereien

in bekannter guter Qualität eingetroffen.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

4(16

Nachruf.

Am Sonntag vormittag entschlief sanft und gottergeben nach kurzer Krankheit mein langjähriger hochgeschätzter Mitarbeiter und Vertrauter

Herr Adolf Kaiser senior.

Seit seinem Eintritt am 1. Juli 1870 hat der teure Entschlafene ununterbrochen meiner Firma angehört. Sein sehnlichster Wunsch, den bevorstehenden Jubeltag zu erleben, ist leider unerfüllt geblieben.

Ausgestattet mit hervorragenden vorbildlichen Charaktereigenschaften, genoss er allezeit das unbegrenzte Vertrauen seiner Chefs und die Wertschätzung seiner Kollegen. Seiner grossen, weitverbreiteten Kundschaft, die er grösstenteils von Jugend auf kannte und an der sein ganzes Herz hing, war er ein stets gern gesehener Freund und väterlicher Berater.

Solange meine Firma besteht, wird sein Geist in ihr weiterleben; ein bleibendes ehrendes Andenken ist ihm sicher.

P. Gotthardt

Inh.: L. Gotthardt.

Limburg, den 9. Februar 1920.

11/31

Nachruf.

Nach kurzem Krankenlager verstarb am Sonntag vormittag den 8. Februar unser hochgeschätzter Freund und Mitarbeiter

Herr Adolf Kaiser sen., hier.

Wir betrauern in dem Entschlafenen, dem es vergönnt gewesen wäre, in wenigen Monaten sein goldenes Jubiläum im Dienste der Firma zu feiern, einen liebsten, leutseligen Kollegen, der durch seine Pflichttreue, seine Arbeitsfreudigkeit und seine Gewissenhaftigkeit bis zum letzten Augenblick uns stets ein Vorbild gewesen ist.

Sein Andenken werden wir immerdar in Ehren halten.

Das Personal der Firma P. Gotthardt.

Limburg, den 9. Februar 1920.

10/31

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme während der Krankheit und beim Hinscheiden meiner lieben Gattin, sage ich im Namen der Hinterbliebenen aufrichtigen Dank.

Adam Beres
Rechnungsrat.

Limburg, den 9. Februar 1920.

15/31

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Bekanntmachung

Durch Beschluss des Kreistages des Kreises Limburg (Lahn) vom 9. August 1919 ist die Fortbildungspflicht für den Kreis Limburg auf alle männlichen Personen unter 18 Jahren — mit Ausnahme der Schüler höherer Lehranstalten — ausgedehnt worden.

Wir bringen diesen Beschluss zur Kenntnis der Beteiligten mit der Aufforderung, sich innerhalb 3 Tagen nach der Veröffentlichung bei der Leitung der gewerblichen Fortbildungsschule hier zum Besuche des Unterrichtes zu melden.

Limburg (Lahn), den 3. Februar 1920.

Der Magistrat.

Gemüse-Verkauf.

Am Mittwoch den 11. u. Freitag den 13. Februar findet in der Stadt. Gemüseverkaufsstelle im Hospitalhofe Verkauf von Zellerie, Lauch u. Winterkohl, statt.

13/31

Stadt. Lebensmittelamt.

Visitkarten

werden sauber angefertigt in der
Druckerei des Kreisbattes.

Wir suchen für unsere
Abteilung Brückenbau in Sterkrade
eine grössere Anzahl gelernte und ungelernte

Brückenschlosser und Schmiede,

ferner Zuschläger, Hilfsarbeiter und Maschinenarbeiter für Scheren, Richtwalzen, Plattenrichten, Bohren und Pressen, im Alter von 21 bis 45 Jahren

zum sofortigen Eintritt bei hohem Lohn.

Gelernte Leute haben ein vollständiges Zeugnis vorzulegen.

Unterkauf und Verpflegung gegen mässige Vergütung in unseren eigenen Wohnheimen.

Den eingestellten Leuten werden die Fahrkosten IV. Klasse ersetzt.

Meldung unter Vorlage ordnungsmässiger Papiere auf der Arbeiterannahme unserer **Abteilung Sterkrade in Sterkrade (Rhld.)** Hüttenstrasse, Hüttenhaus 1

Gutehoffnungshütte,

Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb.

Sämtliche Bürstenwaren

in Ia. Friedensqualität, sowie

Kotosbeisen, Kotosmatten, Kotoshaarbeisen, Handfeger,

Ia. Schenertücher, Fensterleder,

Naftakast billigst

en gros **J. Schupp, Seilerei** en detail

Limburg, Frankfurterstr. 15.

— Telefon 277. —

7/2

Kundenmühle

zu kaufen oder zu pachten gesucht. Würde auch eine bestehende Mühle übernehmen.

Näheres in der Expd. d. Bl.

Kaufe alte Gebisse.

per Zahn bis **12, 15, 40, 100 Mk.**
in Limburg Hotel „Alte Post“, I. Etl.
Winkelmann.

Für Kranke!

E. Melcher,
Homöopath und Magnetopath,
Limburg a. L., Dixerstr. 74
Sprechz. 9—12 und 1—4.
Sonntags bis mittags.
Bei Anfragen von auswärts
Rückporto. 17/24

100 Mark Belohnung

für gesunde 2 bis 3 Zimmerwohnungen. Tausch.

Max Hafner,
Biersteinstr. 12. 7/31

Automobile

aller Art sowie

Auto-Zubehör

gegen Kasse gesucht. 5/31

H. Berger,

Auto-Haus

Frankfurt a. M.,

Mainzerlandstr. 112.

Apollo-Theater

sucht gewandten 17/31

Blavier-Spieler.

Kraft. zuverlässig. 6/31

Hofhund

zu kaufen gesucht.

Maschinenfabrik Schmid,
Limburg.

Gänsebruteier

von schweren Emdener Gänzen
laufend abzugeben. 2/31
Brückenborstadt 2.

Anna Becker

Wilhelm Schumann

Verlobte

Lang-Göns.

Mensfelden.

14/31

In das Handelsregister A Nr. 155 ist bei der offenen Handelsgesellschaft **Münz & Brühl** zu Limburg eingetragen worden: Der bisherige Gesellschafter Kaufmann **Bernhard Zahnstein** zu Limburg führt das Geschäft als alleiniger Inhaber unter der alten Firma fort. Die Gesellschaft ist aufgelöst.

Limburg, den 2. Februar 1920.

3/31

Das Amtsgericht.

Sitzung der Stadtverordneten zu Limburg (Lahn).

Sonntag den 14. Februar 1920, nachmittags 4 Uhr
findet eine Stadtverordneten Sitzung mit nachfolgender Tagesordnung statt, wozu ergebenst einladet.

Limburg (Lahn), den 7. Februar 1920.

Der Stadtverordnetenvorsteher:
F. Jügel.

Tagesordnung:

1. Wahl einer Fuhrwerkskommission.
2. Bewilligung von Mitteln für einen Zuchter der Ortsbauernschaft.
3. Uebnahme der Haftung für Kassenbeiträge der Marienschule zur Ruhegehaltskasse des Regierungsbezirks.
4. Ausstellung eines Schultheiss für ein Darlehen der Regierung für die Kleinwohnbauplan des Spar- und Bauvereins.
5. Schaffung von Diensträumen durch Umbau des Rathauses.

Zur Vorprüfung einzelner Gegenstände werden eingeladen auf Mittwoch den 11. Februar 1920, nachmittags 1/2 4 Uhr die Wahlkommission, 4 Uhr die Finanz- u. Baukommission.

Vereinigung der Kolonialwaren-händler und verwandte Branchen.

Mittwoch den 11. Februar, abends 8 Uhr bei Stahlheber:

Besprechung über wichtige Fragen.

Am allseitigen Erscheinen wird gebeten.

9/31

J. A. Karl Rehler.

Arbeitsvergebung.

Die zur Aufräumung von ca. 2700 lfd. m Gräben erforderlichen Arbeiten in der Gemarkung Mühlen werden am

Donnerstag den 12. Februar,
nachmittags 2 1/2 Uhr

an Ort und Stelle vergeben. Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

Zusammenkunft auf der Bürgermeisterei.

Mühlen, den 7. Februar 1920.

16/31

Stein, Bürgermeister.

Deutscher Kleesamen, Ewiger Kleesamen, Dickwurzsamen

empfiehlt

Karl Rehler, Limburg.

Suche 50 bis 60 Zentner

Futterstroh

zu kaufen, evtl. gegen Kohlen zu tauschen. 1/31

Näh. Offheimerweg 6,

Limburg.

Dezimal-Wage,

50 Pfd. wiegend, noch gut erhalten, zu verkaufen. Wo, sagt die Expd.

Ein Benzinfass

(200 Liter)

ein Stahlblechfessel,

alles gut erhalten zu ver-

kaufen. 20/31

L. Presber, Oberneissen.

Monatsmädchen

gesucht.

Frau C. Benk

Bahnhofstrasse.

Gen